

Die Wartburg.

Deutsch-evangelische Wochenschrift

Organ für amtliche Rundgebungen des Zentral-Ausschusses zur Förderung der evangelischen Kirche in Oesterreich, des Deutsch-evangelischen Bundes für die Ostmark (Oesterreich), des Luthervereins.

Begründet von Geh. Kirchenrat D. Friedrich Meyer in Zwickau und Konsistorialrat D. R. Eckardt in Meuselwitz (S.-A.). Verlag: Arwed Strauch in Leipzig.
Schriftleiter: Pfarrer Lic. Frd. Hochstetter, Berlin-Nordend, Post Berlin-Niederschönhausen [für das Deutsche Reich], Pfarrer Otto Riedel, Klosterneuburg (Niederösterreich) [für Oesterreich]. Zusendungen sind zu richten in reichsdeutschen und allgemeinen Angelegenheiten an Pfarrer Lic. Frd. Hochstetter, in österreichischen Angelegenheiten an Pfarrer Otto Riedel, für die Verwaltung (Bezug und Versand), sowie für Anzeigen und Beilagen an Arwed Strauch, Verlag in Leipzig, Hospitalstr. Nr. 25. Bezugspreis vierteljährlich fürs Deutsche Reich, Deutsch-Oesterreich, Ungarn durch die Post Mk. 6.25, den Buchhandel Mk. 6.—, unter Streifband geradenwegs vom Verlagsort Mk. 6.70. Einzelne Nummern 60 Pfg.
Für die Schweiz Gros 3.17, für Belgien-Frankreich Gros 6.45, Italien Lire 7.15, Holland fl. 1.52, Dänemark Kr. 2.75, England 2 sh 8 pence, Vereinigte Staaten v. Amerika 54 cents, für das übrige Ausland Mk. 7.40 einschließlich Porto für direkte Zusendung unter Band. Anzeigenpreis 60 Pfg. für die 4-gespaltene Kleinzeile. Stellengesuche und -Angebote 40 Pfg. Bei Wiederholungen Nachlaß laut Plan. Erteilte Aufträge können weder angehalten noch zurückgezogen werden. Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und bestimmten Plätzen wird keine Gewähr geleistet. Zurückweisung von Anzeigen, die zur Aufnahme nicht geeignet erscheinen, behält sich der Verlag vor.

Postzeitungspreislste fürs Deutsche Reich Seite 340, für Oesterreich Nr. 5087. — Scheckkonto Nr. 105847 beim Postsparkassen-Amt in Wien. Postscheckkonto Leipzig Nr. 53 050.

Nr. 21/22.

Leipzig, 28. Mai 1920.

19. Jahrgang.

Altes und Neues

Es können auch wieder Zeiten kommen, in denen sich erst vollends zeigen muß, was echte Vaterlandsliebe ist: sei es, daß irgend ein Nachbarvolk als Zuchtrute über Deutschland geschickt wird, sei es, daß im deutschen Volk selbst Dinge geschehen, die euren edelsten Gefühlen schnurstracks widersprechen und die ihr nicht anders denn ein Verderben für Land und Leute ansehen könnt. In solchen Zeiten des äußeren Unglücks oder, was noch schwerer ist, der inneren Verirrung und Verwirrung nicht mutlos die Flinte ins Korn werfen, nicht am Vaterland verzweifeln, nicht verstimmt ihm den Rücken kehren oder gar ihm fluchen, nicht durch wildes Durcheinander bessere Zustände erzwingen wollen, sondern starken und stillen Geistes warten, hoffen, harren, arbeiten, wirken und, wenn's nötig ist, auch schweigen, leiden und beten, das ist der Patriotismus in seiner schönsten Reife, in seiner edelsten Verklärung.

G. Weitbrecht („Heilig ist die Jugendzeit“)

Nicht widereinander, sondern miteinander

Warum vertragen sich Politik und christliche Sittlichkeit so schlecht? In jener ist ein menschlicher Fehler auf seinem Höhepunkt: die Freude am Bösen in dem Andern und der Haß wider ihn. Jeder Mensch hat zumal in der Politik ein Gut, für das er eintritt. Er kann es aber nicht, ohne daß er wider andere auftritt. Bei den Anhängern bekommt man ohne dieses niemals. Wer nicht haßt, gilt für schwach. Um den Haß aufrecht zu erhalten, hütet man sich vor einem: den Feind kennen zu lernen. Man fürchtet dabei seinen Haß aufgeben zu müssen. Aus der Entfernung aber hat man es leichter, sich an seiner Ungerechtigkeit zu freuen und seine Vorzüge zu verkleinern.

Es kann alles nichts helfen: die Welt und das Vaterland wird nicht anders aufgebaut als durch den Verzicht auf das Widereinander und den Entschluß zum Miteinander. Wir haben lange genug jenem gelebt und müssen schwer an seinen Folgen tragen. Wir müssen es darum wagen, auf den Haß zu verzichten, den wir gegen den Volksgegnossen und gegen den Mitmenschen im Herzen tragen. Es hilft alles nichts, wir müssen.

Darum müssen wir suchen, diesen und jenen auch kennen zu lernen. Wir werden Gutes an ihm finden wie Ables an uns. Beides brauchen wir ja nicht laut zu sagen; wir müssen es uns nur eingestehen und die Folgerungen daraus ziehen. Und diese kommen darauf hinaus: aus Feinden müssen Gegner und aus Gegnern müssen Mitarbeiter werden. Es hilft alles nichts.

Man wird es nicht gern tun; man wird sagen, es ist umsonst, es ist noch zu früh oder was man noch sonst einzuwenden hat. Dann aber wird es sich um eines handeln; und das kann uns nicht gleichgültig sein. Christen nämlich dürfen nicht fragen, ob es etwas hilft und was man dazu sagt. Christen gehorchen einem Unbedingten; und das sagt uns nicht etwa, wenn wir das täten, dann geschähe jenes, oder wir sollten das und das tun, wenn jenes einträte. Dies Unbedingte sagt uns einfach: Laß dies und tu jenes. So handeln wir aus dem innersten Zwang der Wahrheit, unter dem wir stehn, so aus dem Gehorsam des Glaubens. Aber davon wissen wir gar zu wenig, weil wir immer rechnen und Bedingungen stellen. Aus diesem innersten Zwang der Wahrheit heraus hat Paulus für unsre Lage heraus das einzigartige, zentnerschwere Wort geschrieben: Die Liebe freuet sich nicht der Ungerechtigkeit, sie freuet sich aber mit der Wahrheit. Niebergall.

Vom Werden der Volkskirche

7. Die Generalsynode der altpreußischen Landeskirche

2.

Inzwischen hat die altpreußische Generalsynode ihre Tagung beendet. Neben 20 Vorlagen des Oberkirchenrats, unter denen 5 Kirchengesetze waren, hat sie 50 Anträge von Synoden und gegen 260 Petitionen erledigt und damit in 15 tägigen Verhandlungen einen gewaltig großen Arbeitsstoff mit lobenswertem Fleiß bewältigt, sodaß auch diejenigen Zeitungsstimmen, die zu dem, was sie geleistet hat, nicht durchaus Ja und Amen sagen konnten, doch wenigstens diesen Fleiß anerkannt, des Öfteren übrigens auch ausdrücklich die Höhenlage der Aussprache in den Verhandlungen gelobt haben. Im Blick darauf schrieb u. a. Dr. Peter Rassow in einer

seiner Kritiken in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ den bezeichnenden Satz, daß die Generalsynode auch diesmal besser gewesen sei als ihr Ruf!

Die letzten Tage — über die ersten sieben Plenarsitzungen war schon berichtet — brachten die Hauptgegenstände der Tagung zur Verhandlung in der Vollsitzung, nachdem die Ausschüsse in teilweise schwierigen Sitzungen die Lage so weit geklärt hatten, daß sie mit bestimmten Anträgen an das Plenum herantreten konnten. Es waren vor allem die die Verfassung betreffenden Kirchengesetze, deren Behandlung durch die Generalsynode man ja mit Spannung erwartete. Wie wird sie sich — das war die erste Frage — zu der Vorlage des Oberkirchenrats stellen, die übrigens auch der Ansicht des Staatsministeriums entsprechend, aber an sich unabhängig von dessen Willen, die neue Verfassung nicht von dieser Generalsynode beschloßen, sondern zu diesem Zweck eine besondere verfassunggebende Kirchenversammlung berufen wissen wollte? In den ersten Tagen der Generalsynodaltagung hat z. B. die „Vossische Stg.“ noch von dem drohenden „Staatsstreich der Generalsynode“ schreiben können, da das bestimmte Gerücht ging, daß die beiden die Synode beherrschenden Rechtsparteien, die Konfessionellen und die Positive Union, im Sinne ihrer Organe und übrigens auch im Sinne der einflußreichen rheinischen und westfälischen Provinzialsynoden die jetzige Generalsynode als die allein zum Verfassungsaufbau berechnete Instanz erklären wollten. Aber man hat sich erfreulicherweise doch eines Andern besonnen und hat, im Interesse der ruhigen, kulturkampflosen Fortentwicklung und des friedlichen Zusammenarbeitens mit den anderen kirchlichen Gruppen, der Vorlage des E. O. K. und ebenso den Verhandlungen, die dieser mit der Staatsregierung betreffs der Wahlen zu dieser verfassunggebenden Kirchenversammlung geführt hatte, mit geringfügigen Änderungen zugestimmt. Es hatte doch wohl seine Wirkung nicht verfehlt, daß D. Möller, der Präsident des E. O. K., gelegentlich in scharfer Formulierung erklärte: „Entweder Annahme dieser Entwürfe — oder Scheitern jeder Verständigungsmöglichkeit mit dem Staat!“

Das Motiv, das auch die vor kurzem noch Kulturkampffreudigen unter den Synodalen besonnen und opferwillig gemacht hatte, war offenbar die Einsicht in die Tatsache, daß so am schnellsten der Kirche zunächst einmal das gegeben werden würde, was man am meisten ersehnte, und was die Grundlage für allen weiteren Aufbau bilden soll: die Selbstständigkeit der Landeskirche, die Schaffung der staatsfreien evangelischen Volkskirche durch Verzicht der Staatsregierung auf Ausübung der bisherigen landesherrlichen Kirchenregimentsbefugnisse. Darüber war ja mit den drei landesbischöflichen Ministern verhandelt worden, und diesen Beratungen entstammte die Vorlage betr. Ausübung des Kirchenregiments, die im Zusammenhang mit der Frage einer verfassunggebenden Kirchenversammlung diese wichtige Frage regelt und die kirchenregimentlichen Befugnisse auf die Kirche selber überleitet. In dem von der Synode angenommenen Kirchengesetz übertragen die drei genannten Minister „unter Zustimmung der Generalsynode“ und unter Bestätigung durch ein gleichzeitig in Kraft tretendes Staatsgesetz der kirchenregimentlichen Rechte für die Zeit vom

Zusammentritt der verfassunggebenden Kirchenversammlung an bis zum Inkrafttreten der von dieser Versammlung zu erlassenden entgeltigen Verfassung auf einen Evangelischen Landeskirkenausschuß, der aus dem Evg. Oberkirchenrat und dem Generalsynodalvorstand besteht, und zwar dem verstärkten Generalsynodalvorstand, der nach den gleichzeitig an der alten Generalsynodalordnung von 1876 vorgenommenen Änderungen fortan an Zahl der Mitglieder dem E. O. K. gleichkommen wird. Es liegt hier schon ein Anfang der Zukunftsentwicklung vor, die die Macht der Kirchenbehörden zu Gunsten der synodalen Instanzen einschränken will, und die auch schon bei Schaffung des preussischen Evangelischen Landeskirkenausschusses einer Majorisierung der Synodalen durch die Mitglieder des E. O. K. vorzubeugen zwang.

Das dritte große Kirchengesetz, das der Generalsynode vorlag, war das kirchliche Gemeindegewahlgesetz, das bei der vorzunehmenden Neuwahl der Gemeindegewaltverhältnisse Anwendung finden soll, damit dann diese nach neuen Grundsätzen gewählten Körperschaften ihrerseits Vertreter für die geplante Landeskirchenversammlung wählen. An diesem System einer indirekten Wahl zur Kirchenversammlung hat man nämlich trotz des aus den Reihen der Evangelischen Vereinigung gestellten Urwahlenantrages festgehalten. Man hat in dem Gesetz über die Kirchenversammlung nur dafür gesorgt, daß diese keine Pastorenversammlung wird (nur $\frac{1}{3}$ der 193 Gewählten dürfen Geistliche sein!) und daß die großen Gemeinden nicht durch die Masse der kleinen überstimmt werden, (den Gemeinden von 2000 Seelen und darüber sind deshalb Zusatzstimmen in wachsender Zahl gegeben worden). Wenn man aber bei der Bildung dieser verfassunggebenden Kirchenversammlung Urwahlen, d. h. allgemeine und direkte Wahlen nicht gelten lassen wollte, dann mußte man mindestens die Gemeindegewaltverhältnisse, die als Wahlkörper für die Kirchenversammlung dienen sollten, auf etwas breiteren Grund als bisher stellen. Das hat auch die Generalsynode eingesehen; freilich die Furcht vor einer „Radikalisierung der Kirche“, vor dem Einstürzen „Kirchenfeindlicher, gläubensloser Massen“ war doch zu groß, als daß man vertrauensvoll und mutig eine weitherzige Reform im Geiste der Volkskirche hätte vornehmen können. Man stimmte, obwohl einige Redner Gewissensbedenken äußerten, dem Frauenwahlrecht und dem Verhältniswahlrecht zu. Aber nachdem schon die Vorlage das Wahlrecht an die vorhergehende mündliche oder schriftliche Anmeldung zur Wählerliste gebunden und für die zu Wählenden, wie verständlich, gewisse Eigenschaften gefordert hatte, ging die Synode nun auf diesem Wege weiter und suchte Sicherungen für die Wahl aufzustellen. In § 6, Abs. 3, wo in der Vorlage nur gesagt war, daß die Wahl in die Gemeindegewaltverhältnisse sich auf „Personen von bewährtem christlichen Sinn, kirchlicher Einsicht und Erfahrung“ zu richten sei, ist interpretierend ausdrücklich hinzugefügt, daß sie „das Vertrauen der Wähler in ihre kirchliche Einsicht und Erfahrung gewonnen haben“ müssen „durch Betätigung ihrer Kirchenmitgliedschaft, insbesondere durch Teilnahme an der kirchlichen Gemeindegewaltarbeit.“ Ist hier die passive Wahl beschränkt, so fordert § 7 in seiner neuen Fassung von dem sich für die Wählerlisten anmeldenden neben einer Erklärung über seine Konfir-

mation auch die „Versicherung, daß er gewillt sei, sein Wahlrecht im Sinn und Geist der evangelischen Kirche zu ihrem Wohle auszuüben“. Eine weitergehende Bestimmung über das Ruhen des Wahlrechts bei allen denen, die ihre kirchlichen Pflichten im Sinne des Gesetzes von 1880 nicht erfüllt haben, wurde abgelehnt, aber jene allgemeinere Versicherung mit dem Ziele der Sicherung der Wahlen gegen die Beteiligung unkirchlicher Massen fand Annahme mit großer Mehrheit. Die Rheinländer und Westfalen, die diesem Wahlgesetz gegenüber schwere Bedenken hatten, enthielten sich übrigens der Stimme, weil darüber nur ihre Provinzialsynoden entscheiden könnten.

Man darf vielleicht entschuldigend sagen: die Generalsynode wollte sich auch bei diesem Gesetz im Schema des bisher geltenden Rechtes halten, um der verfassungsgebenden Kirchenversammlung nicht vorzugreifen, und hat sich deshalb mit geringfügigen Abänderungen des Bestehenden begnügt und nur das Notwendigste an Neuerungen sofort zugestanden. Diesen Standpunkt, in die endgültige Regelung der Verfassungsfragen nicht selber eingreifen zu wollen, hat die Generalsynode an anderen Punkten ganz ausdrücklich eingenommen. Sie überwies deswegen z. B. die Anträge, daß der Kirchenpatronat aufgehoben werden solle, daß die Superintendenten künftig von den Kreissynoden gewählt werden sollen u. dergl. m. dem E. O. K. als Material. Ebenso überließ sie die Regelung der Rheinisch-Westfälischen Kirchenordnung, für die die dortigen Provinzialsynoden einen vom E. O. K. in manchem angefochtenen Entwurf verfaßt hatten, der kommenden Kirchenversammlung und beschränkte sich selber auf ein allgemeines Urteil. Auch bezüglich der Anträge auf Berücksichtigung der freien kirchlichen Vereine innerhalb des Verfassungsaufbaus durch Heranziehung ihrer Glieder bzw. Vertreter zu den Gemeindeförperschaften und zu den Synoden begnügte sich die Generalsynode mit dem Ausdruck der Erwartung, „daß die dafür zuständigen Stellen bei den Vorarbeiten für die zukünftige kirchliche Verfassung die Erfüllung dieser Forderung im Auge behalten“.

Das werden die Volkskirchenfreunde auch bezüglich der weiteren, ihnen volkkirchlich notwendig erscheinenden Verfassungsforderungen wünschen. Noch ist ja nicht das letzte Wort gesprochen, sondern nur erst die Bahn freigemacht für die Instanzen, die die neue endgültige Verfassung beraten sollen. Die Landeskirchenversammlung kann auch ohne Urwahlen doch recht anders zusammengesetzt sein als die aus dem Siebssystem hervorgegangene, etwas überalterte Generalsynode. Dafür zu sorgen, bei den Wahlen zu den Gemeindeförperschaften und bei den dann „tunlichst bald“ folgenden Wahlen zur Kirchenversammlung, ist Pflicht jedes Volkskirchenfreundes, damit eine Versammlung zustande kommt, die voller Vertrauen und Wagemut an ihre Aufgabe herantritt, der staatsfreien Volkskirche einen neuen Rechtsboden zu schaffen und ihr die ihrem Wesen entsprechende und den neuen Verhältnissen angepasste Gestalt zu geben.

Berlin.

Professor D. Zscharnack.

Von der evangelischen Kirche im Baltischen Lande

Es ist ein Traum gewesen! Wir hatten gehofft, die baltischen Brüder bald mit uns vereint zu sehen. Der Ausgang des Weltkrieges hat aber diese Hoffnung vernichtet: von der einst blühenden baltischen Kirche ist nicht viel mehr als ein Trümmerhaufen übrig geblieben. Mit innigstem Mitleiden, mit tiefster Ergriffenheit lesen wir, was baltische Geistliche in der letzten Zeit über den Leidensweg ihrer Heimatkirche in dieser Zeit des Kampfes um Volkstum und Glauben mitgeteilt haben. (Poelchau, Um Volkstum und Glauben, in den Monatsheften des G. A. Vereins; auch als Sonderdruck erschienen, und Schabert, Märtyrer. Der Leidensweg der baltischen Christen. Hamburg. 1920. Agentur des Rauhen Hauses 1920).

Vor dem Weltkriege wurden in Livland 144, in Kurland 103, in Estland 56 evangelische Kirchspiele gezählt, zusammen 303, mit rund 3000 Pastoren und 2 Millionen evangelischer Christen. Freilich hatten sie in den letzten Jahrzehnten mancherlei Bedrückungen erdulden müssen. Unter Alexander dem 3. (1881—1894) führte die Regierung einen Vernichtungsfeldzug wider alles, was deutsch und evangelisch war, in den baltischen Provinzen. Sein Sohn und Nachfolger Nicolai der 2., von dem man eine mildere Behandlung erwartet hatte, trat in die Fußtapfen seines Vaters. Erst nach Niederschlagung der Revolution von 1905, in der sich die evangelischen Deutschen als zuverlässigste Stützen der Regierung erwiesen hatten (weshalb sich der Haß der Revolutionäre gerade gegen die deutschen Barone und die evangelischen Pastoren gerichtet hatte), gewährte man den Deutschen die alten Freiheiten. Ein neues rüstiges Schaffen begann nun. Das Schulwesen wurde ausgebaut, Vereine gearündet, das Evangelium mit Ernst und Eifer verkündet und ausbreitet. Aber leider mußte man gar bald die Erfahrung machen, daß es der Regierung gar nicht Ernst damit war, ihre Versprechungen zu halten. Die eingeräumten Rechte wurden wieder beschnitten, Zugeständnisse wieder zurückgenommen.

Da brach der Weltkrieg aus. Nun konnte sich das wahre Gesicht der Regierung zeigen. Schon wenige Tage nach Kriebsausbruch wurden alle Schulen mit deutscher Unterrichtssprache geschlossen, kurz darnach auch die 3 großen „deutschen Vereine“, ebenso wie die Rigasche Stadtmission und der evangelische Jungmännerverein aufgelöst. Bald wurden auch einzelne Persönlichkeiten in die Verbannung geschickt; in Livland traf dies Los allein 26 Pastoren, an ihrer Spitze den Generalsuperintendenten Th. Gätjens. Hunderte von Männern in angesehener Stellung und Angehörige des Adels, Männer und Frauen, auch solche, die in keiner Weise hervorgetreten waren, mußten ihr Schicksal teilen. Sie erhielten meist ganz unvermutet das Verbannungsurteil und mußten dann die furchtbaren Strapazen des Transportes nach Sibirien über sich ergehen lassen. Am Verbannungsorte angelangt, hatten nur die wenigsten ein einigermaßen erträgliches Los. Meistens wurden sie von Ort zu Ort ruhelos weiter verschoben, aber auch im günstigsten Falle mußten sie hungern. Denn nur den wenigsten wurden von der Regierung einige Kopfen zum Unterhalte gewährt; allen aber jede Tätigkeit, jede Erwerbsmöglichkeit untersteht. Und wenn Geldsendungen aus der Heimat eintrafen,

so waren sie häufig gründlich gebrandschaft. Auf die allerunsinnigsten Anzeigen und Angebereien hin wurden die Leute zur Verbannung verurteilt, ja, bei vielen genügte zur Versendung die Angabe, daß sie „Germanophile“ seien. So wurde der sehr fränkliche Gefängnisprediger Pastor Bidder in Riga nach Twer verschickt, weil er bei einem Gottesdienste im Zentralgefängnis wohl das Gebet für den Kaiser gesprochen, aber dessen Namen nicht genannt hatte, so daß nicht zu erkennen sei, ob er den deutschen oder den russischen Kaiser gemeint habe! Der junge Pastor zu Dickeln erlitt das gleiche Geschick, weil er zu einem wegen des Herannahens der in den Zeitungen als unmenschlich gezeichneten Deutschen um seine Sicherheit besorgten Bauern seiner Gemeinde geäußert hatte, in Deutschland seien die Tiere meist besser gepflegt, als das Pferd des Bauern selbst. Ein Volk aber, das sich seines Viehes erbarme, werde doch wohl auch für die Menschen ein Herz haben. Ein anderer Pastor wurde angezeigt, weil er an einem bestimmten Sonntage eine regierungsfeindliche Predigt gehalten habe. Er konnte zwar nachweisen, daß er an dem betreffenden Sonntage überhaupt nicht gepredigt habe, aber das half alles nichts: er mußte ins Gefängnis und von da in die Verbannung. Dabei verfuhr man gegen die Verbannten oft mit ausgesuchtester Grausamkeit, wie z. B. bei jenem schwer kranken Pastor, den seine um ihn schwer besorgte Gattin freiwillig auf dem Wege zum Verbannungsorte begleitete. Sie durfte nicht in demselben Wagen mit ihrem Manne fahren; und wenn sie auf der Station flehentlich bat, daß sie doch ihren Mann wenigstens einmal sehen dürfe, ward ihr regelmäßig zur Antwort: Er liege ohnehin im Sterben, man könne ihr daher ihre Bitte nicht erfüllen. Erst am Ziele ihrer Reise konnte sie sich zu ihrer Freude überzeugen, daß ihr Mann die beschwerliche Reise verhältnismäßig gut überstanden hatte.

Die Behandlung der in der Heimat Verbliebenen war nicht weniger hart. Schon die stete Befürchtung, daß auch auf sie jeden Augenblick der Blitzstrahl der Verbannung herabzuden könne, mußte lähmend auf sie wirken. Aber neue Grausamkeiten wurden erfunden, um ihnen das Leben fast zur Hölle zu machen. Schon Weihnachten 1914 wurde der öffentliche Gebrauch der deutschen Sprache untersagt; für Kinder, die unvorsichtig ein deutsches Wort verlauten ließen, wurden die Eltern bestraft. Die deutschen Zeitungen wurden verboten, es wurde untersagt, deutsche Briefe zu schreiben. Ja, die Nachkommen der Deutschen, die vor anderthalb Jahrhunderten ins Land gerufen und angesiedelt worden waren, wurden, obwohl die Voreltern schon einst bei ihrem Übertritt die russische Staatsangehörigkeit erworben hatten, ihres Besitzes beraubt und ins Innere Rußlands verbannt. Und dies obwohl ihre Söhne im russischen Heere dienten und ihr Blut für den Kaiser vergossen. Ja, sogar diejenigen Nachkommen der einst Eingewanderten, welche die väterliche Scholle verlassen und als Handwerker in der Stadt sich eine eigene Existenz gegründet hatten, erlitten, wenn ihr Zusammenhang mit den deutschen Ansiedelungen nachgewiesen werden konnte, dasselbe Schicksal. Je näher die Deutschen heranrückten, um so drückender wurde das Joch der Russen. Kurland wurde zwar 1915 von den Deutschen besetzt und befreit; aber vor den Toren Riga machten sie Halt. Zwei Jahre lang mußten noch die Rigaer die Beschwer-

den einer hart an der Kampfeslinie liegenden Stadt über sich ergehen lassen und, als verdächtig, mit dem Feinde im Bunde zu stehen, die grausame russische Behandlung ertragen. Endlich schlug die Erlösungstunde: Anfang September 1917 zogen die Deutschen in die Stadt ein, freundlichst von den Balten als Befreier begrüßt. Alle Not, so hoffte man, hatte nun für immer ein Ende.

Freilich erfüllte noch die Sorge um die Stammes- und Glaubensgenossen in dem von den Deutschen noch nicht eroberten Teile von Livland und in Estland mit schwerer Sorge. Schreckliche Kunde drang von da herüber. Erst hatten dort die sich zurückziehenden russischen Truppen mit Sengen und Brennen, mit Plündern und Morden furchtbar gehaust. Dann war durch die Revolution der Bolschewismus zur Herrschaft gekommen, der alles, was ihm gegnerisch zu sein schien, grausam verfolgte. Sein Haß traf vornehmlich die Deutschen, die sich ja schon 1905 als Gegner der Revolution bewiesen hatten. Am schlimmsten wütete der Bolschewismus in den Städten, wie Reval und Dorpat, wo sich die Deutschen in größeren Mengen zusammen-drängten. In Dorpat wurden in einer Nacht 240 Deutsche, Männer und Frauen, verhaftet. Eine Anzahl von ihnen wurde zwar bald wieder entlassen, die anderen aber wurden von den abziehenden Bolschewisten mit fortgeschleppt und hatten Namenloses zu erdulden. Überall verfuhr die sich zurückziehenden Bolschewisten auf gleiche Weise. Wahlos wurden deutsche Landes-einwohner aufgegriffen und ins Innere Rußlands verschleppt. Viele von ihnen — mehr als 1000 Balten haben dies Schicksal erlitten — sind der grausamen Behandlung erlegen, oder von den Bolschewisten hingerichtet worden, wie der edle Professor Hahn in Dorpat, von dessen Sterben erzählt wird, daß dabei sein Angesicht strahlte wie eines Engels Angesicht, oder die Pastoren Hesse, Pauker, Adolphi, Schwarz und Jende.

Als aber die Deutschen das Land ganz erobert hatten, da ging ein Jauchzen durch das ganze Land. Frei war man endlich geworden. Endlich konnte die Vereinigung mit Deutschland zustande kommen. Die Ausgewiesenen und Verschiedenen durften auf energisches Drängen der deutschen Regierung in die Heimat zurückkehren. Neues Leben regte sich allerorten. Die aufgelösten Vereine und Schulen wurden wieder ins Leben gerufen, die Gesellschaften zur Stützung des Deutschtums und der Evangelischen Kirche aufs neue begründet, die aufgehobenen Hochschulen wieder errichtet und ausgebaut. Neuer Frühling war über das Land gekommen.

Aber ach! Es fiel ein Reif in der Frühlingsnacht! Als im Herbst die Bolschewisten aufs neue mit gewaltiger Macht herandrangen, war man noch guten Mutes. Wußte man sich doch geschützt durch das deutsche Heer, das sich im Kriege so heldenhaft bewährt hatte. Da brach aber die Revolution in Deutschland aus; es kam der Zusammenbruch. Die estnische und die lettische Republik wurden ausgerufen und von der neuen deutschen Regierung anerkannt. Die deutschen Truppen wurden aus dem Lande zurückgezogen, das nun wehrlos den Horden der Bolschewisten preisgegeben war. Ein furchtbares Wüten begann, eine neue Christenverfolgung. Vor allem gegen die Geistlichen richtete sich der Grimm der Machthaber. Fast alle wurden verhaftet und ins Gefängnis geworfen. Furchtbares und — Wunderbares

weiß einer der wunderbar Erretteten, Pastor Schabert, der Leiter der Rigaer Stadtmission, von dieser Leidenszeit zu erzählen; wie im Rigaer Gefängnis allein an 4000 Gefangene schmachteten, wie einer nach dem anderen zur Hinrichtung abgeführt wurde, wie aber gerade die Not den Hunger nach Gottes Wort weckte, und wie die ständige nahe Todesgefahr die Herzen zu Gott zog. Herrliche Zeugnisse von der Welt und Tod überwindenden Kraft des Glaubens sind es, die Schabert bietet, sei es daß er erzählt vom Sterben jener edlen jungen Dame, die noch auf dem Wege zur Richtstätte ihren Leidensgefährten ein stärkendes Lied singt, oder von jenem Pastor, dessen Gebet selbst die rohen Henker nicht zu stören wagen, oder daß er berichtet, wie die einzelnen Geistlichen sich in dem Gefängnisse unter steter Todesgefahr in die Zellen schlichen, um ihren Glaubens- und Leidensgenossen Kraft und Trost aus Gottes Wort zu bringen. Fünf Monate währte die Herrschaft des Bolschewismus in Riga. In dieser Zeit wurden nicht weniger als 3654 Todesurteile vollstreckt. Ströme von Blut kennzeichnen seine Spuren, sinnloses Wüten wider Christentum und Kirche ist seine Lösung. Der Bolschewismus hat sich ja, wie ein eben erst aus Rußland zurückgekehrter englischer Geistlicher, Courtier-Forsster, in der „Times“ berichtet, die Abschaffung des Christentums und seine Ersetzung durch einen Weltatheismus zum Ziele gesetzt. Seine Herrschaft in den baltischen Provinzen ist vorläufig überwunden. Aber seine Zerstörungsarbeit an der evangelischen Kirche ist nicht vergebens gewesen: Die Herde ist zerstreut, die Hirten hingemordet, Kirchen und Schulen zerstört, die Unterhaltungsmittel geraubt. Es wird anhaltender, zäher, treuester Arbeit bedürfen, wenn ein geordnetes Kirchenwesen wieder zustande kommen soll.

Möge es den baltischen Brüdern mit Gottes Hilfe gelingen, auch unter den neuen Verhältnissen das Niedergerissene wieder aufzubauen und treu auf Vorposten auszuhalten! Möge aber auch die Heimatkirche, trotz schwerster eigener Bedrängnis nie vergessen, was sie den Brüdern in der Ferne schuldig ist! Basedow.

Aus Welt und Zeit

Im Deutschen Reich, wo man in den Wahltagen mitten inne steht, hat man noch etwas weniger Zeit und Aufmerksamkeit als sonst für das „Ausland“ übrig; auch wenn es sich um ein „Ausland“ handelt, das von uns nie als „Ausland“ hätte angesehen werden dürfen. Es soll darum mit Dank anerkannt werden, daß der letzte Gedanke der scheidenden Nationalversammlung dem armen Deutsch-Österreich gegolten hat. Man braucht nicht immer davon zu reden — manche Freunde des Anschlusses in Österreich beklagen sich, wenn hier nicht immerfort vom Anschluß geredet wird — aber man soll immer daran denken. Ob nicht die Zeit der Verwirklichung doch rascher kommen wird, als man noch vor einem halben Jahr dachte? Nehmen wir einmal zwei Zeitungsberichte zusammen: Nach dem Pariser „Eclair“ hat Margaine im Ausschußbericht den Standpunkt vertreten, daß der St. Germainer Friedensvertrag Deutsch-Österreich wirtschaftlich und finanziell keine Lebensmöglichkeit biete. Jeder der Erbstaaten, insbesondere Deutsch-Österreich, werde sich mit dem Nachbarvolke zu verbinden suchen, das ihm

eine Lebensmöglichkeit zu bieten vermöchte. Der Bericht befürchtet so die Annäherung Österreichs an Deutschland. Er versichert das deutsch-österreichische Volk der Hilfe Frankreichs und der Alliierten beim Wiederaufbau, wenn es die Unabhängigkeit (!) als Grundlage beibehalte und darauf verzichte, dem alldeutschen Ehrgeiz zu dienen. Der Zweck der Politik Frankreichs sei, den Donaufstaaten zu helfen, sich um die Donau zu gruppieren, und die Anregung zu geben, sich wirtschaftlich aneinander zu schließen.

Eine zweite Stimme: nach der „Korr. Herzog“ hat in Innsbruck in einer Versammlung der Amerikaner Emerson (ein Oberst) erklärt, er und Hoover seien der Ansicht, daß der Anschluß Deutsch-Österreichs an das Deutsche Reich die einzige annehmbare Lösung des Wirrwarrs in Mitteleuropa sei; auch die amerikanische Regierung (bedeutet das: Wilson oder die geistig gesunden Mitglieder der Regierung?) sei derselben Ansicht!

Also beide, der Franzose wie der Amerikaner, erkennen, daß das jetzige Rumpf-Österreich ein lebensunmögliches Gebilde ist. Beide, und namentlich der Franzose, gehen keineswegs von reiner Nächstenliebe aus. Sie erkennen, daß ein verfaulendes Volks- und Staatswesen im Herzen der Kulturwelt eine Gefahr für alle ist. Der Franzose glaubt aber noch einen Weg zu sehen, auf dem der verhaßte Anschlußgedanke kaputt gemacht werden kann: die Donaukonföderation. Der Gedanke ist ja nicht neu: schon vor dem Kriege ist er von schwarzer, roter und schwarzgelber Seite (Scheicher, „Springer“-Dr. Renner und Pepovici) als das Allheilmittel in jeder österreichischen Staatskrise angepriesen worden. Aber die Entente vergift, daß sie dieses Alt-Österreich in fünf weltgeschichtlichen Jahren zu gründlich in Trümmer geschlagen hat, um es jetzt wieder mit dem Kleistertopf zusammenzuleimen. Daß Alt-Österreich (soweit es überhaupt nicht nur mehr eine Scheineinheit war!) nur möglich war unter „Wien“, d. h. unter dem altüberlieferten Kaisertum, unter der Hocharistokratie, dem Hochklerus und dem schwarzgelben Beamtentum, vier Mächten, die bewußt übernational, d. h. antinational wirkten. Daß es aber gleich unmöglich wäre unter Prag, Ofenpest, Laibach, Agram oder — Belgrad. Daß fünf Kriegsjahre unter den vorher schon einen Hohn auf den Wahlspruch „Viribus unitis“ bildenden Völkern einen Ozean von Haß angesammelt haben. Daß das ursprünglich gegen das Deutschtum gemünzte Schlagwort vom „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ nun auch Gemeingut der Deutsch-Österreicher geworden ist, die nicht unter dem niederträchtigen Titel der „Unabhängigkeit“ an Prag verkauft und verraten werden wollen. — Der Amerikaner reist ein paar Monate in Deutsch-Österreich herum, sieht sich alles ruhig an und gibt dann sein Urteil ab: Wir können ein Volk von 6½ Millionen verhungern und verkommen lassen, wenn wir wollen; wenn wir aber das nicht wollen, so kann keine Macht der Welt seinen Anschluß an das Brudervolk, mit dem es mit Ausnahme der letzten 50 Jahre ein Jahrtausend verbunden war, verhindern!

Pfingsten 1920.

Hr.

Aus Zeitschriften

In „Deutsch-Evangelisch. Monatsblätter für den gesamten deutschen Protestantismus“ (herausgeg. von Professor D. Dr. Martin Schian in Gießen) behandelt Junke (1920, Heft 3 f) unter der Überschrift: Die Tragödie einer deutschen Religionsgemeinschaft die Geschichte der vom religiösen wie vom völkischen Standpunkt aus bedeutsamen „Tempelgemeinde“, deren Ansiedelungen in Palästina und in Südrussland durch den Ausgang des Weltkriegs vernichtet worden sind.

Das vielerörterte Thema „Voltskirche“ macht Lange (Jöhstadt) im „Neuen Sächs. Kirchenblatt“ (15) zum Gegenstand eines kurzen, aber sehr bedeutungsvollen Aufsatzes: unsere Kirche soll nicht Kultuskirche sein, nicht Stimmungskirche, nicht Bekenntniskirche, nicht Gesinnungsgemeinschaft, sondern Missionskirche und damit in sich alles vereinigend, was am andern wertvoll ist, aber mit dem Gefühl der Verantwortlichkeit für das Volk.

Das Osterheft der unter ihrer neuen Leitung (Huffeng) sich wieder zu einem ernsthaften Faktor deutscher Geisteskultur entwickelnden „Gartenlaube“ bringt einen prächtigen Aufsatz von Franz Wugl über „Deutsches Christentum“, den wir gerade an dieser Stelle besonders begrüßen.

Den deutschen Schutzvereinen im ehemaligen Österreich weist Karl Koberg (Olmütz) neue Richtlinien ihrer Arbeit in der (bei Callwey in München erscheinenden) Halbmonatschrift „Deutsche Arbeit“: „Los von der Vereinschablone! Ein Vorschlag zur Sammlung unserer Kulturkräfte.“

Vom „Neubau der evangelischen Volkskirche im Geiste des deutschen Protestantismus“ schreibt in der „Voltskirche“ (Verlag des Evangelischen Bundes, Berlin W. 35) Professor Hugo Hiemann einen beachtenswerten Aufsatz. In derselben Zeitschrift finden wir aus der Feder des Pfarrers D. Schneider launige „Wünsche an die Adresse derer, die Wünsche für die Kirche haben“.

Das 7. Heft der Maurenbrecher'schen Zeitschrift „Glaube und Deutschtum“ bringt einen Gottesdienst mitten im Wahlkampf mit einer Predigt über die Fußwaschung.

Von der „Eiche“, Vierteljahrsschrift für Freundschaftsarbeit der Kirchen, behandelte das 3. Heft 1919 die Kirche Schwedens, das vierte Heft die Kirche Norwegens in einer Reihe wertvoller Aufsätze.



Wochenchau

Deutsches Reich

Professor Friedrich Wilhelm Förster hat sein Lehramt in München niedergelegt und sich ganz nach der Schweiz zurückgezogen, wo er früher das Eisner'sche Baiern als Gesandter vertreten hat. Die Ausführungen Försters zur Schuldfrage, die er in Nr. 18 der Chr. Welt unter schwächlichen Verwahrungen des Herausgebers auspacken darf, sind einfach ein Skandal.

Im Saargebiet zittert noch die Erregung über den Hochverrat des Zentrums nach. Die Bevölkerung wundert sich darüber, daß man sich auf Seite des Zentrums damit begnügte, in der Person des preußischen Geh. Justizrats Dr. Muth („Dr. Mouth“) einen Sündenbock in die Wüste zu schicken, während die übrigen schwer belasteten Mitglieder der Zentrumspartheileitung mit einem gelinden Verweis weglamen. Man muß bedenken, meint die „Saarbrücker Zeitung“ (106), daß es sich um die Partei der Kaplanotratie handelt. Unbarmherzig erinnert dieses Blatt die literale Presse daran, wie sie früher zu Dr. Muth stand. Unter allen Nichtultramontanen erregt es namentlich Entrüstung, daß die famose „Mouth'sche“ Erklärung von Ludwig dem 14. „ruhmvollen Andenkens“ spricht. Der Verwüster der Pfalz erhält seinen Sitz in der deutsch-katholischen Heldengalerie! Das wird sich das Volk im deutschen Westen merken!

Auf dem Wege zur Einheitschule? Wir haben schon früher darauf hingewiesen, daß im Verfolg der Schulpläne Hänischs und seiner Gesinnungsgenossen anstelle der angestrebten Einheitschule — ein Gedanke, der viel Gewinnendes hätte — ein Schulwettbewerb ohnegleichen sich anzubahnen beginnt. Wir sind heute schon soweit, daß für die Kinder, die durch ihre Eltern für religionslos erklärt wurden, besondere Schulen mit Religionsunterricht-Ersatz, also monistisch-atheistische Konfessionsschulen eingerichtet werden. So z. B. geschehen in Adlershof bei Berlin. Empörend ist dabei, daß

diese religionslosen Schulen der Hänisch-Konfession als „evangelische Schulen“ in den Listen geführt werden sollen! — Nun nimmt eine Veröffentlichung der „Germania“ (215, 21. Mai) den Dede vom Topf. Demnach beabsichtigt Hänisch, diese Einrichtung allgemein durchzuführen. Da aber im Westen auch katholische Gebiete und religionslose Schüler katholischer Herkunft in Frage kommen, hat sich Herr Hänisch persönlich zum Kölner Erzbischof vertragen (der evangelischen Kirche war man „natürlich“ solche Rücksicht nicht schuldig!) und dort seine Karten auf den Tisch gelegt. Hänisch habe den Erzbischof „dringend ersucht, auf die katholischen Kreise einzuwirken, damit dieser Ausweg gesucht werde; sonst könne er, der Kultusminister, keine Sicherheit für die Aufrechterhaltung des konfessionellen Friedens geben!“ Nach dem Bericht der Germania scheint auch der Erzbischof dem Kultusminister gesagt zu haben, was ihm schon die öffentliche evangelische Meinung kundgegeben hat: daß sein Vorgehen verfassungswidrig sei, und daß die Eile des Herrn Ministers verdächtig berühre, da man auf christlicher Seite damit rechne, daß die irregulierten Volksgenossen sich wieder anders besinnen werden. Warum dann der Erzbischof trotzdem zugesagt hat, daß man sich die ministeriellen Vorschläge nochmal überlegen werde, bleibt schleierhaft.

Es fängt schon an! Die Neunkircher Volkszeitung (98) bringt folgenden „Kinderbrief“:

Liebes Pfarramt von „Herz-Jesu!“

Noch sind wir deutsch! Heute morgen hast Du uns durch einen französischen Priester in dem Schulgottesdienst für deutsche Kinder eine lange Predigt in französischer Sprache halten lassen. Von dieser haben wir zwar kaum etwas verstanden, aber wir dachten uns dabei doch allerhand. Wir haben z. B. folgendes gedacht: Jetzt sind wir schon zum zweitenmal Sonntags im Kindergottesdienst und hören in unserer lieben deutschen Sprache auch kein einziges Wort. Und doch hat unsere liebe Mutter in dieser Sprache uns die ersten Gebeten gelehrt. — Also französische Predigten im Schulgottesdienst für deutsche Schulkinder? — Liebes Pfarramt von „Herz-Jesu!“ Tue das, bitte, nicht mehr!

Ein deutsches Schulkind.

Wir fürchten, die Eltern des braven deutschen Schulkindes müssen erst noch eine deutlichere Sprache führen!, ehe es etwas hilft.

Österreich

Erhöhung des Staatsunterstützungspauschales in Deutschösterreich. Der Evangelische Oberkirchenrat in Wien gibt bekannt: „Gelegentlich der seit Dezember 1919 bereits zweimal notwendig gewordenen abermaligen Erhöhung der Bezüge der öffentlichen Angestellten, insbesondere auch der Kongrua der katholischen Geistlichen, haben die staatlichen Stellen in wohlwollender Würdigung der Notlage der meisten im Dienste der evangelischen Kirche stehenden Geistlichen und Lehrer sich der Erkenntnis nicht verschlossen, daß den Bedürftigen derselben durch die im Dezember 1919 in Aussicht genommenen Erhöhung des Staatsunterstützungspauschales bei weitem nicht genügend Rechnung getragen wurde und daß deshalb behufs Ermöglichung ausgiebiger Hilfeleistung über das damals festgesetzte Ausmaß der Erhöhung dieses Pauschales wesentlich hinausgegangen werden müsse. Als ein dankenswerter guter Anfang wurde vorbehaltlich der verfassungsmäßigen Genehmigung vom 1. Jänner 1920 angefangen für evangelische Kultuszwecke und zwar speziell zur Aufbesserung der Bezüge der evangelischen Seelsorger und der im Dienste der evangelischen Gemeinden stehenden Lehrpersonen ein Mehraufwand von 350 000 Kronen jährlich vorgesehen.“

Fernerstehenden mag der Betrag recht ansehnlich erscheinen. Tatsächlich ist er unter den gegenwärtigen Teuerungsverhältnissen völlig unzureichend. Ein der Schriftleitung bekannter Industriearbeiter verdiente in der vergangenen Woche 4600 Kronen, aufs Jahr berechnet also weit über 200 000 Kronen und es verlautet, daß die Arbeiter dieses auch für österreichische Verhältnisse glänzend zahlenden Betriebes demnächst eine Lohnerhöhung von 80 vom Hundert verlangen werden. Hoffentlich führt die Erwägung, daß das Gewährte doch unzureichend sei, nicht zu einer neuerlichen Einstellung oder Hinausschiebung der Erhöhung des Staatspauschales.

Gemeindenachrichten. Die Predigtstation Graslitz i. Böhm. hat in ihrer Hauptversammlung am 15. April ihre Umwandlung in eine selbständige Pfarrgemeinde beschlossen. Da die Einwilligung der Muttergemeinde (Falkenau a. d. Eger) schon ausgesprochen ist und die geldlichen Voraussetzungen erfüllt scheinen, wird auch die behördliche Genehmigung wohl nicht lange auf sich warten lassen.

Mit dem Abgange des Pfarrers Just von der sächsischen Beamtengemeinde zu Bodenbach (der zum Pfarrer in Jöhstadt i. Erzg. gewählt worden ist) dürfte, wie es scheint, diese Gemeinde zu bestehen aufhören, da die Pfarrstelle nicht mehr besetzt werden soll.

Der einheimischen Gemeinde Bodenbach erwächst dadurch eine sehr bemerkenswerte Vermehrung ihrer Arbeitsaufgaben, so daß zunächst die sofortige Anstellung eines Hilfsgeistlichen nötig wurde.

Die Pfarrgemeinde Aisch will sich der deutsch-evangelischen Kirche in der tschechoslowakischen Republik vorläufig nicht anschließen.

Die Prager Regierung hat für 1920 zur Unterstützung der evangelischen Kirchen 2 100 000 Kr. ausgesetzt. Davon sollen 1 470 000 Kronen der tschechischen „Brüderkirche“ und nur 630 000 der deutschen evangelischen Kirche zufallen. Die Unterstützung wird also aufgeteilt nach dem Verhältnis 1:2 $\frac{1}{2}$, das Verhältnis der Seelenzahl wäre aber 1:1 $\frac{1}{8}$!

In der altkatholischen Pfarrgemeinde zu Wien war im Jahre 1919 folgende Lebensbewegung zu verzeichnen: Geburten 84, Trauungen 1526, Begräbnisse 63, Beitritte 3562, Austritte 20, Vermehrung 3563. Und 1920 bis zum 1. März bereits: Geburten 18, Trauungen 325, Begräbnisse 24, Beitritte 656, Austritte 9, Vermehrung 630. — Der seit Mai 1919 hier angestellte Pfarrhelfer Fr. Marschall ist mit Februar 1920 aus dem Seelsorgedienste geschieden.

Einen für die Übertrittsbewegung außerordentlich wichtigen Erlaß hat das tschechische Unterrichtsministerium herausgegeben. Demnach dürfen Eltern, die zu einem anderen Bekenntnis übergetreten sind, ihre noch nicht 14 Jahre alten Kinder auf dem Dispenswege vom bisherigen Religionsunterricht befreien lassen und dem Unterricht des neugewählten Bekenntnisses zuführen. In einer Reihe von Gemeinden war sofort ein bedeutendes Wachstum der evangelischen Religionschüler zu spüren! Mit diesem Erlaß ist eine der folgenschwersten Hemmungen der Übertrittsbewegung nicht rechtlich, aber tatsächlich aufgehoben.

Ein Volksmission in Wien, veranstaltet von der Evangelischen Gesellschaft, vereinigte drei Wochen hindurch 12 bis 1500 Besucher an den Sonntagen, 700 bis 1000 an den Wochentagen in der evangelischen Stadtkirche A. B. Zwei Drittel der Besucher waren Katholiken. Besonders war auch die gebildete Männerwelt vertreten. Vom 2. bis 7. Mai gliederte sich noch eine Bibelwoche an. Das Ganze schloß mit einem Teaband am 8. Mai. — In den Dienst der Evangelischen Gesellschaft ist der Basler Missionar Leonhard Grau, neu eingetreten. Er steht dem Generalsekretär Pfarrer Monksy zur Seite und hilft dem Wiener Gemeinschaftspfleger, Sekretär Geisler, in Versammlungen und Hausbesuchen.

Sozialdemokratie und Rom. Der deutsch-österreichische Staatskanzler Dr. Renner, ein Sozialdemokrat, äußerte sich in einer Sitzung des Ausschusses für Äußeres folgendermaßen: „Als Kanzler der Republik Österreich, eines überwiegend katholischen Landes, und als Regierungschef einer Koalition, welche zur Hälfte auch in ihrem politischen Programm dem katholischen Bekenntnis Rechnung trägt, habe ich es für geboten erachtet, am Tage nach dem Empfang im Quirinal beim Papst und beim Kardinal-Staatssekretär meine Aufwartung zu machen. Der Papst hat für die Leiden unseres Volkes das wärmste Mitgefühl kundgegeben und durch eine hochherzige Spende auch betätigt. Ich nahm Gelegenheit, ihm für die unseren Kriegsgefangenen gewährte Hilfeleistung und Spende den Dank der Republik auszusprechen. Kirchenpolitische Verhandlungen fanden diesmal nicht statt, sondern blieben im Hinblick auf die nötige innerpolitische Vorbereitung einem späteren Zeitpunkt vorbehalten.“

Der Sozialdemokrat Dr. Renner den Pantoffel küßend! Was sagen seine Genossen dazu, die so überzeugt nach Trennung von Staat und Kirche verlangen?

Gehet hin und tut desgleichen! Die am 24. Ostermonds 1920 in der Volkshalle des Wiener Rathauses versammelte deutsch-völkische Jugend Wiens forderte durch Kundgebung und Beschluß: 1. Von allen Jugendgefährten: „Abkehr von den Formen der alten Gesellschaft, insbesondere von Schmutz und Schund in Literatur, der Darbietungen des Schund- und Schandfilms, vom Alkoholismus, den Bars und Wirtshäusern, von den Tanzunsitten und den Unterhaltungsunsitten.“ 2. Von der Gesellschaft: „Das Einbekenntnis ihrer Unfähigkeit, die gegenwärtigen entarteten Zustände zu bessern, und das Zusammenarbeiten aller gutgesinnten Alten mit der kämpfenden Jugend.“ 3. Von den Behörden: „Die strengsten und unnachgiebigsten, durch keinerlei Interessenpolitik beeinflussten Maßregeln zur Verhütung der weiteren Ausbreitung und zur Eindämmung der gegenwärtigen Unkultur des öffentlichen und gesellschaftlichen Lebens. Die kämpfende Jugend ist entschlossen, gegen außenhin wie ein Mann für ihre Forderungen einzustehen.“

„Los von Rom“ unter den Tschechen. Durch die ganze Presse mit Einschluß der Klerikalen geht eine Nachricht der Prager „Narodní Politika“, wonach sich seit einigen Monaten unter den Bergarbeitern des nordwestböhmischen Industriegebiets eine sehr starke Austrittsbewegung geltend macht.

Im Duxer Bezirke sind in den letzten vier Monaten 4500 Familien aus der katholischen Kirche ausgetreten, zumeist Tschechen.

Der größte Teil der Tschechen erklärte sich konfessionslos, die deutschen Bergarbeiter, die austraten, als deutsch-evangelisch. Für die Schulbehörden wird dadurch eine fast unleidliche Lage geschaffen. Nach dem alten österreichischen Gesetze ist nämlich bei Kindern zwischen 7 und 14 Jahren eine Änderung des Religionsbekenntnisses ausgeschlossen, wogegen Kinder unter 7 Jahren derselben Konfession anzugehören haben wie die Eltern. Nun fordern aber die konfessionslos gewordenen Eltern, daß auch ihre Kinder konfessionslos werden. — Im Bezirke Brüx hat die Bewegung ebenfalls sehr weite Kreise gezogen. Hier sind bisher 6000 Personen aus der katholischen Kirche ausgetreten, davon 99 Proz. Tschechen und 1 Proz. Deutsche. Es handelt sich zum Großteile um Angehörige des Arbeiterstandes, die zum Teile zur altkatholischen und zur evangelischen Kirche übergetreten sind, zum größten Teile sich konfessionslos erklärt haben.

Wie wir auf Grund authentischer Mitteilungen berichten können, sind diese Berichte nur teilweise zutreffend. Richtig ist, daß im politischen Bezirk Dux seit Januar 1919 (nicht 1920) über 5000 Personen (nicht Familien), so gut wie ausschließlich Tschechen, aus der römisch-katholischen Kirche ausgetreten sind. Wie unser Gewährsmann erfährt, sind sie jedoch fast ausnahmslos konfessionslos geblieben. Die Kinder werden einfach aus dem Religionsunterricht zurückgehalten. Das ist zwar gegen das Gesetz, aber die Schulbehörden sind machtlos. Im Bezirke Brüx dürfte es dasselbe sein. — Über die nicht mit solchen Zahlen um sich werfende, aber gegen früher wesentlich verstärkte und vor allem nachhaltig wirkende deutsch-evangelische Übertrittsbewegung hat die Wartburg ja berichtet.

Auch der folgenden aus der Reichenberger „Deutschen Volkswacht“ (19. Folge vom 8. 5. 1920) stammenden Nachricht stehen wir einigermaßen kritisch gegenüber:

Der Zentralrat der tschechischen Lehrerorganisation in der tschechoslowakischen Republik hat in seiner letzten Plenarsitzung beschlossen, daß alle Mitglieder des Zentralrates, soweit dies noch nicht geschehen ist, aus der römisch-katholischen Kirche auszutreten haben. Zugleich wurde dem Unwillen darüber Ausdruck verliehen, daß die Nationalversammlung die Trennung der Kirche vom Staate nicht ausgesprochen hat.

Das heißt, wir bezweifeln nicht, daß der „Zentralrat“ einen hochtönenden Beschluß gefaßt hat. Aber wir bezweifeln sehr, daß ihm Folge gegeben wird.

Papst Benedikt der 15. als Lebensretter Kramarschs? Der Schriftleiter des Klerikalen „Hlas“, Ignaz Dostal, hat, wie wir deutsch-österreichischen Blättern entnehmen, in einer Versammlung in Strahow folgende Mitteilung gemacht:

„Als General Stefanik von dem Todesurteil gegen Kramarsch erfuhr, ersuchte er den Pariser Kardinal Amette um ein Empfehlungsschreiben an den Papst. Mit diesem Empfehlungsschreiben begab sich Stefanik nach Rom, wo er mit Papst Benedikt eine zweistündige Unterredung hatte. Das Ergebnis war, daß der Papst einen besonderen Kurier mit einem eigenhändigen Schreiben nach Wien entsandte. Dieses Schreiben enthielt die Bitte um die Begnadigung Kramarschs. General Stefanik pflegte oft zu erzählen, daß dieser Brief des Papstes Kramarsch gerettet habe.“

Die deutsch-österreichische Presse fügt hinzu, daß ihr die Nachricht wenig glaublich vorkomme. Warum denn? Daß der Protestant Stefanik bei dem Kardinal Amette und durch ihn beim Papst für den glaubenslosen, mit der griechischen Kirche kofettierenden Taufschneidkatholiken Kramarsch Fürbitte einlegt, daß bei der Kurie die politischen Belange die allein maßgebenden sind — was soll daran unwahrscheinlich sein? Und daß vollends am Hofe der Parma und ihres Ehemanns ein römischer Wunsch einfach Befehl war, daran ist erst recht nichts Unglaubliches!

Von unserer Zeiten Schande. Wie der Linzer „Tagespost“ (111) aus Steyr berichtet wird, beschloß der Gemeinderat dieser Stadt von jedem Besucher der öffentlichen Häuser eine Steuer von 5 Kr. einzuhoben. — Jedes Wort der Bemerkung könnte die Wucht dieser Nachricht nur abschwächen!

Schweizer Liebesgaben an die Lehrerschaft. Für die Lehrerschaft Deutschösterreichs wurden in der Schweiz Liebesgaben gesammelt. Die Lehrer der evangelischen Privatschulen haben sich bemüht, bei der Beteiligung auch berücksichtigt zu werden. Sie sind gewiß ganz besonders hilfsbedürftig, weil sie auf kargliche, völlig unzureichende Bezüge angewiesen sind, während die Lehrerschaft der öffentlichen Schulen, was die Gehaltsverhältnisse anlangt, hinter dem Mittelschullehrer nicht zurücksteht. Abirgend sind auch die Lehrpersonen eiskalter katholischer Privatschulen sehr schlecht gestellt und es ist uns bekannt, daß ein Lehrkörper solch einer Schule die sie erhaltende Vereinigung wegen Nichterfüllung der Gehaltsansprüche gerichtlich belangt hat. Bei der Verteilung der Schweizer Liebesgaben wurden die Katecheten an ihre Berufsvereinigung gewiesen. Da die evangelischen Religionslehrer keiner solchen Vereinigung an-

gehören, werden sie von der Beteiligung mit den Schweizer Liebesgaben ausgeschlossen sein. So mancher Vikar, der unter den ungünstigen Bedingungen der Sammelstationen an oft bis 10 verschiedenen Orten 20 oder mehr Religionsstunden zu erteilen hat und dabei den 3. oder 4. Teil des Gehaltes eines Volksschullehrers bezieht, wird diese Zubuße schmerzlich vermissen. Es ist übrigens merkwürdig, daß die evangelischen Religionslehrer von allen Gehaltsaufbesserungen ausgeschlossen blieben und man sich nicht schämt, akademisch gebildeten Leuten für die Wochenstunde eine jährliche Vergütung von 30—50 Kr. zu bieten. In Wien sind die Verhältnisse etwas günstiger, aber, obwohl die Kirchengemeinde viel dazu legt, doch so gering, daß eine Anzahl von Lehrern erklärte, unter diesen Verhältnissen auf die Unterrichtserteilung zu verzichten. Wir haben diese Dinge berührt, weil es manchem vielleicht willkommen sein wird zu wissen, wo die größte Not zu finden ist.

Errichtung eines Erholungsheimes in St. Andrä vor dem Hagental. Der Verein zur Förderung der evangelischen Diakonissen in Klosterneuburg hat die Errichtung eines evangelischen Waisenhauses für die evangelischen Pfarrgemeinden Floridsdorf, Klosterneuburg, Krems und St. Pölten in Angriff genommen und zu diesem Zwecke ein in St. Andrä vor dem Hagental erworbenes Haus eingerichtet. Da die Zahl der Waisenkinder zunächst die verfügbaren Räume nicht ganz in Anspruch nehmen wird, soll zugleich ein Erholungsheim für unterernährte evangelische Kinder besonders aus den Vororten Wiens und den Industrieorten Niederösterreichs eröffnet werden. Es wird an Kinder zwischen dem 3. und 6. Lebensjahre gedacht, da diese Altersstufe sowohl bei den Auslandsreisen als auch bei den Auspeisungen durch ausländische Missionen nur ausnahmsweise Beachtung findet. Auch die besondere Berücksichtigung des Hungergebietes in der Nähe von Wien geschieht aus dem Grunde, weil die meisten Hilfsaktionen dieses grundsätzlich von ihrer Hilfstätigkeit ausgeschlossen haben, obwohl der Lebensmittelmangel und die Tenerung dort bisweilen größer ist als in Wien selbst. Die Aufnahme der Kinder aus den Vororten Wiens und den Industriestädten Niederösterreichs erfolgt bei Pfarrer Otto Riedel in Klosterneuburg, Weinberggasse 12.

Zugleich ergeht an evangelische Landgemeinden die herzliche Bitte, dieses Fürsorgewerk durch Lebensmittelspenden unterstützen zu wollen. Auch Geldspenden werden dankend entgegen genommen.



Bücherschau

Verschiedenes

Otto Armin, Die Juden im Heere. Eine statistische Untersuchung nach amtlichen Quellen. München, Deutscher Volkerverlag 1919. 96 S. gr. 8°. Mf. 4.—

Eine amtliche Untersuchung über den Anteil des Judentums am Heeresdienst wurde während des Krieges veranstaltet, ihre Ergebnisse durften jedoch damals nicht veröffentlicht werden. Jetzt wird dies von nichtamtlicher Seite nachgeholt. Haben auch jetzt fünf Jahre lang dieses Lied die Späßen von allen Dächern gepfiffen, so ist es doch mit Freude zu begrüßen, wenn hier die für jeden Deutschen hochinteressanten Tatsachen einwandfrei und zahlenmäßig wiedergegeben sind. Ein Buch zum Nachdenklichmachen. Schr.

Karl Stange, Auf dem Felde der Ehre gefallen. Blätter der Erinnerung. Gütersloh, Bertelsmann. 72 S. Kart. Mf. 3.— u. Zuschlag.

Dem im Felde gefallenem Sohn widmet der Verfasser, Professor der Theologie in Göttingen, ein Gedächtnisbuchlein mit tief empfundenen Dichtungen. Liebe zu dem Gefallenen, Liebe zum Vaterlande, Versenkung in die Natur, Leben in Gott sind die Saiten, die darin angeschlagen werden. Hr.

Gottlob Egelhaaf, Historisch-politische Jahresübersicht für 1919. Zwölfter Jahrgang der Politischen Jahresübersicht. Stuttgart, Krabbe 1920. 192 S. Mf. 9.—, geb. Mf. 12.—

Nötiger als je ist uns eine gedrängte Übersicht über die bedeutendsten Ereignisse des vergangenen Jahres. Hat uns doch gerade das Jahr 1920 Schicksale gebracht, die man am liebsten vergessen möchte, und die wir doch gründlich kennen und im Gedächtnis behalten müssen! Wir begrüßen deswegen den neuen Band der „Historisch-politischen Jahresübersicht“, der mit gewohnter Pünktlichkeit erschienen ist. Wer irgend wie mit dem öffentlichen Leben zu tun hat, kann ohne diese Übersicht eigentlich gar nicht schaffen. Nur einige Kleinigkeiten haben wir uns aufnotiert, die zu berichtigen

wären: S. 48 ist zu lesen statt Gundelsee Grundsee, S. 97 Märder statt Merfer, S. 106 Rottenmann statt Rottmann, S. 112 Pogany statt Pogeny; unrichtig sind S. 74 die 150 Toten von Eichtenberg; Hämisch S. 73 war nie Volksschullehrer; Eisner S. 74 nicht ein galizischer, sondern ein Berliner Jude; S. 119 ist statt Galizien Ostgalizien zu lesen, S. 108 Schulverein statt Sprachverein. Die Klerusversammlung in Böhmen S. 156 war nicht im Dezember 1919, sondern im Januar 1920. Deutschböhmen S. 37 hat keine Kohlenflöße, sondern Kohlenflöße. Dem ganzen Buch fehlt erfreulicherweise der Ton des persönlichen Mitempfindens durchaus nicht; trotzdem wahr ist die Unparteilichkeit, die der deutschen Wissenschaft selbstverständlich ist. Hr.

Folge 23/24 wird zum 11. Juni ausgegeben.

Inhalt: Altes und Neues. Von G. Weitzbrecht. — Nicht widereinander sondern miteinander. Von Niebergall. — Vom Werden der Volkskirche. 2. Von Prof. Dr. Zscharnack. — Von der evangelischen Kirche im Baltischen Lande. Von Safedow. — Aus Welt und Zeit. Von Hr. — Aus Zeitschriften. — Wochenschau — Bücherschau.

Werbet für die Wartburg!

Die deutsche evangelische Gemeinde in Trautenu sucht einen ledigen

Vikar,

Jahresgehalt 5000 K., Nebeneinkommen aus Religionsunterricht, freie Wohnung (möbliertes Zimmer im Pfarrhause), Beheizung und Beleuchtung. Kenntnis des Harmoniumspiels ist für den auswärtigen Gottesdienst nötig.

Bewerbungen sind zu richten an

Pfarrer Fritz Knorek in Trautenu.

Die deutsche evangelische Gemeinde Bodenbach-Tetschen (etwa 3500 Seelen) sucht einen arbeitsfreudigen

Vikar,

der den Pfarrer bei der Versorgung des zur Zeit verwaisten Rosendorfer Sprengels (Rosendorf, Bensen, Böhm. Kamnitz) und der eigenen Gemeinde (mit den Predigtstationen Eulau und Politz a. d. Elbe) in Seelsorge, Unterricht und Kanzleiarbeit mitzuhelfen hätte.

Amstssitz: Bodenbach. Gehalt etwa K. 6000.— jährlich, dazu freie Wohnung (Zimmer im Pfarrhaus), Beheizung und Beleuchtung.

Anfragen sind zu richten an

Pfarrer Heinrich Gottlieb in Bodenbach.

Verlag von Arwed Strauch in Leipzig.

Wilm Heinrich Berthold

Allerlei aus der siebenjährigen Wanderfahrt eines jungen Lehrers in das Heimatland deutscher Jugend

Nach Tagebüchern erzählt von

Karl Albert Schöllnbach.

3. Auflage. 180 Seiten. Preis geheftet Mf. 6.—